



Pressestatement

von Olaf Bandt, Bundesvorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

anlässlich der Präsentation des gemeinsamen Forderungskatalogs zur Bundestagswahl von Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Paritätischem Gesamtverband

„Eine Zukunftsagenda für die Vielen – 9 Schritte zu einer ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft“

am 19.5.2021 in der Bundespressekonferenz

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor wenigen Tagen erst hat Johan Rockström es noch einmal sehr deutlich gesagt, was auf dem Spiel steht: Der Menschheit bleiben noch zehn Jahre, um die Erde zu retten. Allein die Klimakrise aufzuhalten, wird eine einmalige Kraftanstrengung. In der Öffentlichkeit weniger präsent aber mindestens ebenso brisant: Die Biodiversitätskrise. Wir haben es exemplarisch am Beispiel der SARS-CoV-2-Pandemie erlebt: Die anhaltende Zerstörung von Lebensräumen, beispielweise zur Extraktion von Ressourcen für unser Wirtschaften, hat eine immer größere Nähe zwischen Wildtieren und Menschen geschaffen und gefährdet zugleich die Funktionsfähigkeit von Ökosystemen. Wir müssen also die Klimakrise stoppen und lernen, dass Artenreichtum und intakte Biodiversität mehr sind, als ein schöner Luxus. Sie sind überlebenswichtig für die Menschheit. Beiden Krisen gleichermaßen zu begegnen, wird eine historisch einmalige Herausforderung, in der Deutschland, auch historisch, eine zentrale Rolle zukommt.

Wir stehen in der Verantwortung, unsere Art und Weise des Zusammenlebens und des Wirtschaftens massiv zu ändern – und natürlich wird eine Politik, die Umweltzerstörung beenden möchte, auch gleichzeitig soziale Auswirkungen haben. Die Trennung der beiden Bereiche ist künstlich und lenkt ab von der Frage: Habe ich den politischen Willen eine wirksame Politik gegen die Umweltkrisen zu erarbeiten und diesen Prozess sozial gerecht zu gestalten? Wir wissen über Klimakrise und Biodiversitätskrise und die Notwendigkeit in sehr kurzer Zeitspanne zu handeln. An diesem Punkt erwarten wir von allen demokratischen Parteien wirksame Maßnahmen, mit denen sie ihrer Verantwortung für die Menschen und zukünftigen Generationen in diesem Land nachkommen. Das hat nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht auch deutlich angemahnt und damit einen neuen Kompass für Umweltpolitik und die Freiheit zukünftiger Generationen definiert.

Aus diesem Grund werben wir bei allen demokratischen Parteien, aber auch in der Bevölkerung für einen Aufbruch in eine ökologische und sozial gerechte Republik. Diese braucht einen Politikstil, der dem Jahr 2021 angemessen ist. Einen Politikstil, der das Notwendige klar benennt und den ökologischen und sozialen Krisen gerecht wird, vor denen wir als Gesellschaft stehen. Der Bürger*innen auf diesem Weg mitnimmt, indem er sie selbst wieder zu Akteuren macht und ein Austausch über Zielkonflikte erfolgt. Wir müssen den ökologischen Krisen begegnen und dürfen im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen niemanden zurücklassen.

Auf der ökologischen Agenda der sozialökologischen Transformation stehen nach Auffassung von Paritätischem und BUND mit Priorität:

- Ein Ausstiegsplan aus fossiler Energie, eine Halbierung des Endenergieverbrauchs bis mindestens 2040 und eine Ausrichtung der naturverträglichen Stromproduktion innerhalb kürzester Zeit auf 100 Prozent erneuerbare Energien – in der Hand von Bürger*innen, Kommunen, Stadtwerken und Genossenschaften. So geht Energiewende mit den Menschen.
- Ein Ausstieg aus Kurzstreckenflügen durch eine Verlagerung auf die Schiene sowie ein Ausstieg aus dem Fernstraßenbau. Das geht schon jetzt mit rund 50 Prozent der Kurzstreckenflüge ohne Komfortverlust.
- Eine konsequente Agrarwende und die Ausrichtung der Agrarsubventionen auf die Förderung ihres Beitrags zum Gemeinwohl. Dafür sind faire Löhne für die in der Landwirtschaft Beschäftigten und faire Erzeugerpreise für gute Produkte der Landwirtschaft unverzichtbar. Um die höheren Verbraucher*innenpreise stemmen zu können, müssen Grundsicherung und andere existenzsichernde Sozialleistungen sowie der Mindestlohn angehoben werden. Gerne suchen wir auch kooperative Lösungen mit Bäuerinnen und Bauern, um den Schutz der biologischen Vielfalt gemeinsam anzupacken.
- Ein starker Naturschutz. Wir fordern auf mindestens 30 Prozent der Landesfläche und auf mehr als 30 Prozent der Meeresfläche gut funktionierende, wirkungsstarke und vernetzte Schutzgebiete. Auch hier braucht es eine aktive Einbeziehung der Menschen und ein Miteinander von Naturschützern und Nutzergruppen. Zudem braucht es eine deutliche Anhebung der Gelder für Biologische Vielfalt sowie ein Sofortprogramm für besonders bedrohte Arten.
- Eine führende Rolle der deutschen Außenpolitik beim Ressourcenschutz. Analog zum Pariser Klimaabkommen muss Deutschland sich in der UNO für ein Berliner Ressourcenabkommen einsetzen und so ein international verbindliches Rahmenwerk auf den Weg bringen, um einen globalen Umgang mit der Übernutzung unserer Ressourcen zu schaffen.

Bislang haben wir als Zivilgesellschaft zu oft Debatten nebeneinander geführt, die eigentlich zueinander gehören: Daher legen wir heute einen Vorschlag zur Finanzierung unserer „Zukunftsagenda für die Vielen“ vor, der unsere beiden Anliegen vereint und der getragen ist durch eine umverteilende und gerechtere Steuerpolitik auf der einen und durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen auf der anderen Seite. Wir müssen uns darauf konzentrieren, unsere Welt zu retten, statt ihre Zerstörung weiter mit mindestens 50 Milliarden Euro Steuergeldern pro Jahr zu finanzieren.

Der BUND fordert zur Bundestagswahl 2021 von allen demokratischen Parteien und ihren Parteiprogrammen deutliche Signale für einen gesellschaftlichen Aufbruch. Unser auf Wachstum ausgerichtetes Wirtschaftssystem führt neben der ökologischen Zerstörung global und hier in Deutschland zu immer massiveren sozialen Verwerfungen. Deshalb fordern wir nicht nur die ökologische, sondern auch soziale Gerechtigkeit ein; beide zusammen sind die tragenden Säulen jeder nachhaltigen Zukunft und Bedingung der jetzt notwendigen Veränderungsprozesse.

Angesichts der Tragweite dieser Aufgabe haben wir uns dazu entschieden, unsere politischen Schwerpunktforderungen zur Bundestagswahl 2021 in Kooperation mit dem Paritätischen Gesamtverband zu formulieren. Wir sehen in dieser Kooperation zweier föderaler und in der Zivilgesellschaft verankerter Verbände eine Bereicherung für beide Seiten und das Potential, tief in die Gesellschaft zu wirken.

Pressekontakt:

Daniel Jahn, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
presse@bund.net, Tel. 030/27586-531

www.bund.net